

Hohenstein-Grustthaler Tageblatt

Anzeiger

Ersteinst
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,55
durch die Post Mk. 1,82 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruxdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Gröbach,
Pirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Hohenstein-Grustthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 283.

Donnerstag, den 5. Dezember 1901.

51. Jahrgang.

Der in der Robert Adolf Schubert'schen Konkursmasse in Oberlung-
witz auf den 5. Dezember 1901 angelegte

Versteigerungstermin

findet nicht statt.

An.

Der Concursverwalter.

Donnerstag, den 5. Dezember 1901,

von Vormittags 8 Uhr ab,

wird im hiesigen Rathhause das Fleisch eines wegen ganz geringgradigem Rothlauf befallenen
Schweines in gefochtem Zustande,

à Pfund 50 Pfg.,

öffentlich verkauft.

Vom Landtage.

Dresden, 3. Dezember 1901.

Dresden, 3. Dezbr. Beide Kammern hielten heute kurze Sitzungen ab, in welchen Wahlen vorgenommen und einige Petitionen (ohne erhebliches Interesse für unsere Leser) erledigt wurden.

S. K. K. Der Abg. Behrens hat mit Unterstützung der konservativen Landtagsfraktion eine Interpellation eingebracht, in welcher die Königl. Staatsregierung um Auskunft ersucht wird, welche Maßnahmen sie angesichts der in größerem Umfange ausgetretenen industriellen Krisis ergriffen habe und was sie im Falle weiterer Andauer derselben zu thun gedente. Wie aus dem Wortlaut der Anfrage hervorgeht, sind die Interpellanten mit Recht der Ansicht, daß eine allgemeine Arbeitslosigkeit nicht existiert, daß also auch die Schilderungen sozialdemokratischer Blätter von dem Umfang und der Wirkung der eingetretenen Krisis übertrieben sind und zwar zum Schaden der Arbeiterklasse übertrieben sind, weil die an sich schwache Unternehmungslust durch diese Angst nur noch weiter herabgemindert wird. Auch gegenwärtig arbeiten verschiedene Industriezweige mit voller Kraft, in anderen, wie in der Kohlenindustrie haben wenigstens bis jetzt Arbeiterentlassungen nicht stattgefunden, weil die Werte auf Vorrath arbeiten lassen — von einer Geschäftsstockung, die ausnahmslos alle Betriebe betroffen hätte, kann also nicht die Rede sein. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß in verschiedenen Fabriken Betriebsstörungen stattgefunden haben, und daß es namentlich in den großen Städten für Gelegenheitsarbeiter an Beschäftigung fehlt und dadurch zahlreiche Familien in schwere Bedrängnis gerathen sind. Die Armenkassen, die Ortskrankenstellen werden z. B. außerordentlich stark in Anspruch genommen, einzelne der Letzteren brauchen jetzt schon ihre Reserven auf, obgleich sie ihre Leistungen beträchtlich herabgesetzt haben. Es ist also dringend zu wünschen, daß durch Vermittelung von Arbeitsgelegenheit den arbeitswilligen Leuten Verdienst verschafft wird. Nun vermögen wir zwar nicht anzuerkennen, daß es ein Recht auf Arbeit gebe, daß es also Pflicht des Staates sei, unter allen Umständen für Beschäftigung zu sorgen und zwar an dem Orte zu sorgen, wo sich der Arbeiter gerade aufhält, aber wir betrachten es doch als eine schöne Aufgabe der Allgemeinheit, Arbeitswilligen, die ohne eigene Verschuldung brotlos geworden sind, und ihren Familien in der Bedrängnis zu Hilfe zu kommen und soweit sie es vermögen, ihnen die Zeit der Geschäftsstockung überleben zu helfen. Das Eingreifen der Staatsgewalt könnte nun in der Weise geschehen, daß die Inangriffnahme schon bewilligter Bauten und zwar sowohl der Eisenbahnen als auch der Hochbauten, beschleunigt wird, und daß die Bestellungen dazu unverzüglich in Auftrag gegeben werden. Der Landtag wird auch, wie wir annehmen, nicht fargen bei der Bewilligung von Mitteln zur Ausführung weiterer Bauten, wenn die Regierung solche für notwendig hält und die Finanzkraft des Landes sie gestattet. Dem Technikerangel, der früheren Kaufungen von Regierungsstellen zufolge angeblich, einer beschleunigten Ausführung der von den Ständen bewilligten Bauten hindernd im Wege steht, könnte, wie dies in Preußen geschieht, durch Vergebung von Arbeiten an leistungsfähige Privatfirmen, die von staatlichen Organen zu überwachen wären, unschwer abgeholfen werden, unter der Bedingung jedoch, daß diese Firmen in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigen. Ingleichen könnte die Staatsregierung zu erreichen suchen, daß zu

den Lieferungen von Bedürfnissen für das Heer und die Marine auch sächsische Betriebe in größerem Umfange herangezogen werden könnten, als dies unteres Wissen bis jetzt der Fall war. Sachliche Vorstellungen in dieser Beziehung würden in Berlin wohl auf Ablehnung stoßen. Endlich steht der Regierung die Möglichkeit offen, ihren Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen geltend zu machen und darauf zu dringen, daß die Ausführung von als notwendig erkannten Bauten nicht aufgeschoben wird. Dabei würde es sich jedoch empfehlen, nicht nur auf die Behörden der großen Städte einzuwirken, sondern auch auf die Vertreter der kleinen und selbst der ländlichen Ortschaften, weil sonst durch massenhaften Bezug in die Großstädte das Heer der dortigen Arbeitslosen noch weiter verhärtet und die nachhaltige Besserung der schwierigen Lage vereitelt würde. Arbeiterentlassungen in Staatsbetrieben sollten in der letzten Zeit wirtschaftlicher Krisis vermieden und äußersten Falles vermindert werden, den schärfsten Sammel der Beschäftigten, wenn auch unter halb- oder ganzläufiger zeitweiliger Aufhebung des Betriebes, im Dienste zu behalten. Wenn aber sogar nach Inangriffnahme von minder dringlichen Unternehmungen Arbeiterentlassungen nicht zu umgehen sein sollten, so würde in erster Linie Ausländern, in zweiter Linie den Einheimischen zu kündigen sein. Man kann eine derartige unterschiedliche Behandlung nicht für ungerecht erklären, weil die Fremden zu den Kosten der Staatsverwaltung in der Regel nichts oder nur wenig beitragen, und weil die Unverheirateten sich leichter durchzuschlagen vermögen, als Familienväter, die für oft zahlreiche Angehörige Brot zu schaffen haben. Oben Staat, Gemeinden und die Arbeitgeber nach dem vorstehend entwickelten Grundgedanken vor, so wird eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in weiterer Ausdehnung kaum eintreten und aus zahlreichen Arbeiterhäusern die drückende Noth so lange ferngehalten werden, bis in unserem Wirtschaftsleben die heftigste erhoffte Wendung zum Besseren eintritt, die jedem Arbeitswilligen ermöglicht, den Kampf um's Dasein leichter zu führen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall sein kann.

Vom Reichstage.

Berlin, 3. Dezember 1901.

Das Haus, der Bundesrathsrath und die Tri-
bünen sind wieder stark besetzt. Das Andenken des
verstorbenen Abg. Müller-Schaumburg wird durch
Erheben von den Plänen geehrt. — Die erste Verathung
der Zolltarifvorlage wird fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Polakowsky: Während der
Arbeiten an dieser Zolltarifreform überkam mich oft
das Gefühl, mit welchem Mangel an erster Sachlich-
keit dieses große Werk so vielfach in der Öffentlichkeit
kritisiert worden ist. Ich selbst bin bei den Vor-
arbeiten nur das ausführende Organ des Auswärtigen
Amtes gewesen. Schon der frühere Staatssekretär
v. Marschall hat die Nothwendigkeit einer Reform un-
serer autonomen Tarifs betont. Jederzeit war es das
Auswärtige Amt, welches die Uebereinkunft vertrat,
daß unserer bisheriger Tarif für die neuen Verhand-
lungen mit dem Auslande nicht ausreichte, und daß es
dazu des neuen Instruments eines verbesserten auto-
nomen Tarifs bedürfte; auch darüber war man sich
früher einig, daß es der Mitarbeit sachverständiger
Männer bedürfte. Ich muß nun dem wirtschaftlichen
Auschuß angesichts der vielen Angriffe, die man gegen
ihn gerichtet hat, sagen, daß er mit anerkennenswerther

Sachlichkeit, Ruhe und Unparteilichkeit gearbeitet hat.
(Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: „Unpartei-
lichkeit?“ und Lachen.) Sie kennen ja doch die Ver-
handlungen im wirtschaftlichen Ausschusse nicht; ich
müß das doch besser wissen. Der Staatssekretär geht
sobald auf Einzelheiten ein, so auch auf die Frage
des Quebrachzollens. Er weist nach, daß die Auf-
lösung großer bis jetzt in unserem Tarife vorhandener
Sammelpositionen in viele Einzelnummern keineswegs
eine bloße bürokratische Passion sei; andere Staaten
haben in ihren Tarifen viel mehr Nummern, als wir
in unserer bisherigen Tarif. Die alten Sammel-
positionen erklären den Einblick in die Tragweite bei
den neuen Vertragsverhandlungen. An der passiven
Handelsbilanz, wie wir sie haben, kann nicht Anstoß
genommen werden, denn eine passive Handelsbilanz
ist nur der Beweis, daß unsere Industrie so stark ent-
wickelt ist, um viele Rohstoffe aus dem Auslande be-
ziehen zu müssen. Aber gerade auch im Zusammen-
hange damit brauchen wir in unserem Tarife eine
umfangreiche Aufhebung unserer Sammelpositionen in
viele Detailpositionen, um nicht gezwungen zu sein,
wenn wir einem Vertragsstaat bei irgend welchem
Detail eine Konzession machen, dieselbe Vergünstigung
anderen meistbegünstigten Staaten für die ganze
Sammelposition in den Schoß zu werfen. Herr
Wolfskuhr behauptete gestern, Amerika habe seine
Schutzpolitik gegen uns wegen unserer Schutzpoli-
tik gegen amerikanische Specter der Schmalz vor-
genommen. Das ist nicht richtig; Amerika hat seine
Schutzpolitik vorgenommen gegen die ganze Welt;
Amerika ist schutzlos geworden im Interesse der
Entwicklung seiner eigenen nationalen Industrie. Ist
dann unser Tarif überhaupt gar ein so hochschutzzöl-
nerischer? (Rufe links: Ja!) Nein, denn unsere Zoll-
einnahmen betragen vom Werthe unserer Einfuhr im
Durchschnitt nur 9 Pct.; in Amerika ist der Prozent-
satz viel höher. Man kann also nicht sagen, daß unser
Tarif hochschutzzönerisch wäre; aber wir können na-
türlich keine freihändlerische Dase gründen inmitten von
Schutzzöllen. Man hat uns gesagt, wir sollten unsere
Zölle herabsetzen, um erzieherisch zu wirken, also um
die anderen Staaten zu bewegen, uns nachzufolgen und
ihre Zölle ebenfalls herabzusetzen. Wir haben diesen
ethischen Schritt schon einmal gehen beim Zucker,
aber die anderen Staaten folgten uns nicht, und wir
waren deshalb gezwungen, die Zuckertreppe, die wir
erst hinabgestiegen waren, wieder hinaufzusteigen. Die
Zölle in diesem neuen Tarif haben wir in unserem
eigenen Interesse gemacht, und das wird uns niemand
der sein Vaterland lieb hat, verdenken. Der Zolltarif
ist keine politische Frage, man darf ihn auch nicht
dazu machen; er ist lediglich eine wirtschaftliche Frage.
Vor Eintritt in neue Handelsvertragsverhandlungen
haben wir uns fragen müssen: Ist der bestehende
Tarif ein geeignetes Instrument für solche Verhand-
lungen? und wir übernahmen deshalb gern die Ver-
antwortlichkeit für diese Reform unseres Tarifs vor-
der Geschichte und vor der lebenden Welt. Thatsache
ist, daß unsere Landwirtschaft gerade zu der Zeit
unseres industriellen Aufschwunges in einer sehr schwie-
rigen Lage war. Dabei ist unsere Landwirtschaft
unser größter Erwerbszweig, 18 Millionen sind darin
beschäftigt. Dazu kommt noch das soziale Moment,
daß in der Landwirtschaft auf einen Selbstständigen
nur 2,2 Abhängige kommen, in Hüttenbetrieben über
100 Abhängige auf 1 Selbstständigen. Das ist sozial-
politisch sehr bedeutsam und muß uns doch alle zu
Freunden der Landwirtschaft machen. (Zurufe links:
Ja!) Sie sind doch auch keine Feinde der Landwirtschaft;
Sie sind, wie Sie selbst sagen, nur Feinde einzelner Land-
wirthe, die übermäßige Forderungen stellen. Das der
Getreidebau jetzt nicht rentirt, ist eine Thatsache. Sie
verweisen nun zwar den Landwirth auf die Viehzucht.
Aber Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß die
Viehzucht nur einigermassen in einigen Landstrichen
rentabel und daß im Uebrigen eine intensive Vieh-
wirtschaft nicht möglich ist ohne einen intensiven Ge-
treidebau. Ich bin mir, ehrlich gestanden, darüber im
Zweifel, ob unsere Landwirtschaft im Stande ist, den
Bedarf Deutschlands in Getreide zu decken. (Hört!
Hört! links.) Ich glaube auch nicht, daß Deutschland
mit Getreide überflutet worden ist, das wir nicht
brauchen. Aber das bezweifle ich nicht, daß es oft
pränumerando eingeführt wird, und daß dadurch die
Vorräthe sich häufen und die Preise herabgedrückt

werden. Was den Fleischbedarf Deutschlands anlangt,
so ist die Landwirtschaft durchaus in der Lage, ihn
auf absehbare Zeit zu decken. Beiläufig stellt der
Staatssekretär in Abrede, daß das Vieheinfuhrverbot
einen anderen als nur rein veterinären Zweck hätte.
Der Niedergang der Landwirtschaft ist eine hohe
soziale und politische Gefahr, denn wenn bei der In-
dustrie auf die Blüthe eine Zeit der Krisis folgt,
werden zahlreiche Arbeiter brotlos und den Folgen
davon können Sie nur vorbeugen, wenn Sie die
Landwirtschaft in die Lage versetzen, ebenfalls mög-
lichst hohe Löhne zu zahlen. Wenn die Landwirt-
schaft nicht mehr die Bruttokosten deckt, kann Niemand
mehr in der Welt Landwirtschaft betreiben. Was
andere Staaten gethan haben, das können wir auch
thun, und wer das nicht zugeben will, dem fehlt der
nützliche nationale Stolz. (Stürmische Unterbrechung
links, sodaß der Präsident wiederholt zur Klingel
greift, um Ruhe zu schaffen.) Wer das nicht begreifen
will, dem fehlt der Einblick in die Souveränität der
Staaten. Die Minimalzölle haben wir eingestellt, um
zu zeigen, was wir bei den Verhandlungen mit an-
deren Staaten glauben vertreten zu können. Stellen
Sie höhere Minimalzölle ein, so nöthigen Sie uns,
höhere Sätze zu vertreten, als wir glauben vertreten
zu können, und Sie bringen uns unter Umständen in
die Lage, mehr leisten zu sollen als wir leisten können.
Wir werden jedenfalls in die Verhandlungen mit dem
Selbstbewußtsein eintreten, wie es uns nach unserer
nationalen Entwicklung ziemt.

Abg. Spahn (Centr.) verbreitet sich über die Noth-
lage der Landwirtschaft. Wolfskuhr habe zwar gestern
gelagt, wir hätten in Deutschland 6000 Millionäre.
Zawohl, aber in der Landwirtschaft giebt es keine
Millionäre. (Gelächter links.) Ein Hauptübelstand
für die Landwirthe sei das Abziehen der ländlichen
Bevölkerung, das Wandern nach den Städten. Mehr
noch als die Großgrundbesitzer litten die Bauern
darunter. Der Staat habe das größte Interesse daran,
die Landwirtschaft mit ihren verhältnismäßig vielen
selbstständigen Elementen vor dem Ruin zu schützen.
In der Frage der Minimalzölle sollte man nicht den
Bogen zu straff spannen. Diese Frage sollte man
sorgfältig in der Kommission prüfen, denn wie uner-
wünscht würde es der Landwirtschaft, die doch ohnehin
schon unter den hohen Zöllen leide, sein, wenn auch
industrielle Minimalzölle festgelegt würden. Wir haben,
saher Redner fort, noch nie daran gedacht, daß mit
den Zöllen, landwirtschaftlichen wie industriellen,
weitergegangen werden solle, als es unbedingt Bedürf-
nis ist, als es namentlich auch notwendig ist zum Aus-
gleich der erhöhten Lasten, die unseren Unternehmen
für soziale Zwecke auferlegt sind. Weiter plaidirt
Redner für die Verwendung eines Theiles des Mehr-
einkommens aus Zöllen wieder für soziale Zwecke, für
Wittwen- und Waisen-Versorgung. Natürlich müßte
auf die Konsumenten Rücksicht genommen werden, aber
diese müßten ihrerseits einsehen, daß der Mittelstand,
vor Allem der landwirtschaftlich, gestärkt werden
muß. Der Quebrachzoll rechtfertige sich durch das
Erforderniß, die Eichenhölzungen zu erhalten.
Mit der Spezialbestimmung des Tarifs könne man
nur einverstanden sein. Seine Freunde würden jeden-
falls in der Kommission bemüht sein, für die verschie-
denen Interessen einen möglichst gerechten Ausgleich zu
finden.

Abg. Richter (fr. Vp.): Man habe seinerzeit die
bestehenden Handelsverträge eine rettende That genannt.
Seine Freunde seien noch heute dieser Meinung und
nicht gewillt, ihre Ansicht zu ändern, weil eben die
Wind umgesprungen sei. (Beifall links, Unruhe rechts.)
Das System, welches dem neuen Tarife zu Grunde
liege, sei bisher in Deutschland unerhört, es sei das
System des Universalprotektionismus, ein Hinterwälder-
System. Uns nur auf unsere inländische Produktion
anzuwenden, sei chinesische Politik (Heiterkeit), die zu
unserer Weltpolitik passe wie die Faust auf's Auge.
Noch vor Jahresfrist sei die bekannt: Aenderung ge-
fallen: „Jeder neue Panzer ist ein Gewicht zu Gunsten
der Freihandelspolitik“ (Heiterkeit). Jetzt steite man
sich schon darüber, ob man überhaupt noch eine Zukunft
haben wollen. Ja, dann streichen Sie doch die 200
Millionen für die Schiffe gleich aus dem neuen Etat.
Wir verwerfen diese Vorlage, weil sie unsere nationale
Produktion und Konsumtion schädigt. Man weiß auf
Amerika hin, aber gerade in Amerika tritt jetzt wieder

hwein,
g. an,
hwein,
g. an,
ginalfüllung,
300, 350,
160, 190.
wein,
Pfg.,
beerwein,
Pfg.,
it.,
Pfg.,
beerwein,
Pfg.,
erwein,
Pfg.,
wein,
Pfg.,
meladen,
Gelees und
! Otto,
19.
der
alle
lgende Tage
fen,
nder
das Pfund.
le ich
den
espreis.
v *
ey,
er Nachl.
n Feste:
gefidt,
Gummi,
für Kinder,
maies,
ms,
kafsten.
Kälte
er, Ninge
er Auswahl
um,
str. 2.
il
a
ittwoch, den
General-
erst über
Vorstand.
g-
nen
a Qualität
currer,
19 Markt,
den billigen
3.50.
ubert
n Hause- und
ndlung.
hebung.
ner Tochter
er Wippler
re ich hier-
Diekmann.
1901.
lage.